

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstrasse 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die schlagzeilfähige Zeile kostet 1 Pfennig, die Restzeile 1/2 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briesen, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier.
Bergfelde, den Amtsbezirk
Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neungefaltene Kleinzeile 3.500 000 Mark. — Reklamezeile 13.000 000 Mark.

Nr. 119. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Donnerstag, den 11. Oktober 1923 Postfach-Konto Berlin 62448. 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ein Hund ausgelassen, 1 Regenmantel, 1 Sackschürze verloren.
Birkenwerder, den 10. Oktober 1923.
Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Das Verzeichnis der zur Brandenburgischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gehörenden Betriebe und die Beitragshebelrolle liegt gemäß § 1021 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung vom 10. bis 24. Oktober d. Js. im Rathaus, Zimmer 7, zur Einsicht der Beteiligten aus.

Die zur polizeimäßigen Räumung der Brieße verpflichteten Häuser der angrenzenden Gemeindegrenzflächen werden an Erfüllung ihrer Räumungsverpflichtung hiermit erinnert.

Anträge der Arbeitgeber auf Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft während des Kalenderjahres 1924 müssen spätestens am 20. Oktober d. Js. beim Landratsamt Niederbarnim (Kreisarbeitsnachweis) Berlin, Friedrich-Liess-Str. 5, vorliegen. Verspätet eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt.

Als vorläufige Hundesteuern für das 2. Steuerhalbjahr 1923 sind zur Vermeidung der gesetzlichen Zuschläge bis zum 15. d. Mts. bei der Gemeindekasse 191 1/2 Millionen Mark für jeden Hund zu zahlen. In diesem Betrage sind die für das 1. Drittel des Monats festgestellten und bereits veröffentlichten Zuschläge von 50 Millionen Mark einbezahlt. Außerdem bleibt die Kreis-Hundsteuer mit 10 Millionen Mark zu zahlen.

Birkenwerder, den 10. Oktober 1923.
Der Gemeindevorsteher. Rahn.

Gemeinsame Bekanntmachungen der Gemeinde- Vorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Der Preis für ein 1900 Gramm schweres Brot, welches aus Kom munalrecht hergestellt ist, wird unter Veränderung des Beschlusses vom 4. Oktober

ab 9. Oktober auf 22 Millionen Mark erhöht.

Preise für Röhren und Ofenbrand.

- a) bei Selbstabholung ab Lager. M. 299 000 000.— je Zentner,
- b) bei Lieferung frei Erdbrochhof oder Keller 310 000 000.—

Preise für Bricketlieferungen in Fahren

nicht unter 30 Zentnern.

- a) bei Selbstabholung ab Lager. M. 299 000 000.— je Zentner
- b) bei Lieferung frei Erdbrochhof oder Keller 308 000 000.—

Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 9. Oktober in Kraft, Berlin, den 9. Oktober 1923.

Namens des Kreisaußschusses des Kreises Niederbarnim
Der Vorsitzende: Landrat Schlemminger.
Veröffentlicht.

Die Gemeindevorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Instandhaltung der Bürgersteige.

Es ist mit angefallen, daß die Gemeindeflaten der Bürgersteige oft 10 bis 15 Zentimeter über der Erde vorstehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß dadurch leicht Unglücksfälle entstehen können und erlaube, daß beiden Seiten der Laufbahn sowohl Erde aufgeschüttet, als die Bürgersteige ohne Unbedenken mehr aufgewellen. Zur Beseitigung jeglichen Zweifels mache ich darauf aufmerksam, daß die Anlieger zur Unterhaltung und Reinigung der Bürgersteige verpflichtet sind. Sollte meine Anordnung keine Befolgung finden, werde ich unanfechtlich gegen die Eigentümer vorgehen.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Kartoffelbeseitigung.

Im Laufe dieser Woche (Mittwoch, Donnerstag) treffen für die Firma Fritzsche & Co. einige Waggons Kartoffeln ein. Dieselben gelangen zur Verteilung an die Vorbesitzer und zwar der Reihe der Verteilung nach. Der erste sind kommen also die Jungbesitzer in Frage. Zur Verteilung der Kartoffeln können dieselben auch auf dem Güterbahnhof Birkenwerder in Empfang genommen werden. Die Verteiler wollen sich hierfür mit der Firma in Verbindung setzen.

Personenstandsaufnahme.

Gemäß §§ 16 ff. der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz findet am

10. Oktober 1923

auf Grund der Wohnungskarten eine Aufnahme des Personenstandes für 1923 statt.

Entwässern Hausbesitzer werden die erforderlichen Komulare bis zum 7. Oktober d. Js. eingeleitet. Die Wohnungskarten sind von jedem Hausbesitzer vorzulegen und jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung auszufüllen und spätestens am 10. Oktober dem Besitzer des Grundstücks zu übergeben.

Die Besitzer der bemohten Grundstücke oder deren Vertreter sind bei Meldung der gelegentlichen Strafen verpflichtet, die Wohnungskarten mit den vorgezeichneten Bescheinigung (Muster 2) bis spätestens zum 12. Oktober d. Js. an die Gemeindefeuerabteilung — Zimmer Nr. 9 — Berlinerstraße 39, zurückzugeben.

Dollarstand Donnerstag nachm. 1.200 000 000

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung.

Zu der auf Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr im Gemeinde-Sitzungssaal anberaumten Verammlung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschließen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung.

1. Abnahme der Jahresrechnung 1922.
2. Beschlußfassung über den abgedruckten Bebauungsplan.
3. Abschluß eines Vertrages.
4. Erhöhung der Grundstücksteuer für den Briefetal-Boten.
5. Aufnahme eines Kredits.
6. Verschiedenes.

Anordnung über Mietszuschläge.

Auf Grund des § 11 des R.M.G. vom 24. März 1922 — R.G.B. S. 273 ff. — sowie auf Grund der Preisklausur-Ausf. Verordnung hierzu vom 4. August 1923 — Pr. G.S. S. 382 ff. — wird für die im Kreise Niederbarnim gelegenen Landgemeinden bis zu 2000 Einwohnern und für die Gutsbezirke, nach Anhörung eines gleichmäßig aus Mietern und Vermietern zusammengesetzten Ausschusses und nach erfolgter Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam folgende Anordnung erlassen:

- § 2. Zur gegenseitigen Grundrente treten die folgenden in Hundertsätzen der Grundrente ausgedrückten Zuschläge:
- 1) Für Steigerung der Zinsen der Vorkriegszeit, Grundstücksbelastung und für Verwaltungskosten. 3 421 000 Proz.
- 2) Für laufende Instandsetzungsarbeiten. 4 620 000 Proz.

Bei dem für laufende Instandsetzungsarbeiten festgesetzten Hundertsatz sind sämtliche Instandsetzungsarbeiten innerhalb der Mieträume einj. Instandsetzungen der Kellern, Jalousien, Türen, Feuerungsanlagen, Kochherde, Instandhaltung der Wasserdämme (Heizung von Schloten) sowie Instandsetzungsarbeiten ausgenommen.

Die Kosten für diese Instandsetzungsarbeiten sind vom Mieter im Einzelfall gegen Vorlegen der Reize zu tragen. Der Mieter ist vor der Übernahme der Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, die die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die Arbeiten selber ausführen, sofern er die hierfür erforderliche berufliche Ausbildung besitzt.

§ 4. Die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Betriebskosten des Grundstücks sind nach dem Verhältnis der Grundrente auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Mieträume anderer Art umzulegen und zwar:

- A. in voller Höhe
- a) die für das Haus zu entrichtenden Grund- und Gebäudesteuern,
- b) Wasserzins,
- c) Schornsteinfegergebühren.
- B. Bis zu den nachstehend angegebenen Höchstbeträgen die Kosten
- a) der Haus- und Hofreinigung einj. Vorhalten von Hofen und Scherleppen bis zu 1 800 000 Proz. der Grundrente,
- b) der Treppen- und Flurbeleuchtung sowie für die Beleuchtung der Räume, die für die gemeinsame Benutzung bestimmt sind, bis 1 800 000 Proz. der Grundrente,
- c) der Versicherung gegen Feuer bis zu der Höhe, wie sie von der Feuerversicherungsgesellschaft der Provinz Brandenburg ortsüblich erhoben werden, jedoch nur bis zur Höhe von 95 Proz.,
- d) der Versicherung gegen Haftpflicht bei Glas-, Gas- und Wasserleitungsbeschäden bis zu 900 000 Proz. der Grundrente,
- e) der Fäkal- und Müllbeseitigung bis zu 8 000 000 Proz. der Grundrente.

Führt der Vermieter die unter A. b) d) genannten Arbeiten selbst aus, so kann er anstelle des Zuschlages nur eine Vergütung verlangen, die dem ortsüblichen Stundenlohn eines ungelerten Arbeiters entspricht. Verwendet er die Fäkalien nutzbringend für sich, so entfällt jeder Anspruch auf den Zuschlag.

§ 5. Der Vermieter ist berechtigt, auf die Betriebskosten einen Vorbehalt in Höhe von 1/4 der Grundrente bei der Mietszahlung zu verlangen. Die Abrechnung der von den Mietern geleisteten Vorbehaltzahlung erfolgt bei der Umlage.

§ 7. Zuschläge zur Grundrente für Verzinsung und Amortisation großer Instandsetzungsarbeiten werden im Einzelfalle auf Antrag vom zukünftigen Mietszahlungsmittel befreit. Diese Zuschläge dürfen jedoch 4 200 000 Proz. der Grundrente nicht übersteigen.

§ 9. Diese Anordnung tritt mit dem 1. Oktober 1923 in Kraft.

Birkenwerder, den 26. September 1923.

Der Kreisaußschuß des Kreises Niederbarnim.

Der Vorsitzende, Landrat. J. A. Dr. Simon.

Veröffentlicht.

Borgsdorf, den 10. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Kadowald.

Kurze Nachrichten.

— Der Reichstag hat gestern in zweiter Lesung das Ermächtigungsgesetz angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, Bayerische Volkspartei und die Kommunisten.

— Der Staatssekretär in der Reichskanzlei von Rheinbaben hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

— Das über die Deutsche Zeitung verhängte Verbot ist aufgehoben.

— Der bayerische Generalstaatskommissar v. Rahr

ist in Erwägungen darüber eingetreten, ob es nicht an der Zeit wäre, gegen die schlimmsten Schieber und Bucherer die Todesstrafe zu verhängen.

— Generaldirektor Winou ist aus der Firma Hugo Stinnes ausgeschieden.

— Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hat den Antrag gestellt zwecks Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Ansprache im Reichstag über die Kanzlerrede.

(386. Sitzung.) OB. Berlin, 8. Oktober 1923.

Vor sehr stark besetztem Hause begann heute mittig im Reichstage die politische Aussprache über die Rede Dr. Stresemanns vom vorigen Sonnabend. Damit verbunden wurde die Debatte über die kommunikativen und verfassungsrechtlichen Anträge, betreffend den Usanageszustand. Abg. Breitscheid (Zog.) stellte fest, daß das Parlament noch niemals in einer so unüberwindlichen Weise mit einer Krisis überfallen worden sei wie in der vorigen Woche.

Über den passiven Widerstand

sagte er, daß man dessen Abbruch billigen müsse, denn man habe mit Entsetzen gehört, daß die Finanzierung dieses Widerstandes in der vorigen Woche 7000 Millionen gekostet habe. Das Kabinett Cuno habe in dieser Hinsicht eine Missionsspolitik getrieben. Die Einleitung des passiven Widerstandes sei zwar berechtigt und notwendig gewesen, aber dann habe das Kabinett Cuno die Hände in den Schoß gelegt, und den günstigsten Moment zu Verhandlungen habe man unter der Einwirkung gewisser Kreise vorbeigehen lassen. Allgemein bekannt sei eine gewisse

Demoralisierung im Ruhrgebiet.

Der Redner warnte sich dann scharf gegen die Politik der Deutschnationalen und gegen die Geheimdiplomatie, die bei uns angeblich noch bestünde. Vor allem verlangte er Aufklärung darüber, ob England uns jemals den Rat zur Aufgabe des passiven Widerstandes gegeben habe. Die Separatistenbewegung im Rheinland mißbillige er auf das schärfste, verlangte aber andererseits, daß die Regierung jetzt nichts unversucht lasse, um zu einer direkten Verständigung mit Frankreich zu kommen. Der Führer Rüstig sei nur eine Episode in einer groß angelegten Bewegung. Die Reichswehr habe sich bewährt, man müsse aber vom Reichswehrminister verlangen, daß er die Pressebeschränkungen in Bezug auf Unruhenadmissionen wieder aufhebe. In Bayern, so sagte der Redner, sei einzuweisen der schwarzweiße Teufel durch den weiblichen Beiseib aufgetrieben worden. Die Reichsregierung dürfe dem unversöhnlichen Konflikt mit Bayern nicht ausweichen. Über das Ermächtigungsgesetz sagte Dr. Breitscheid, daß seine Fraktion im nur unter der Voraussetzung zustimmen konnte, daß Vertreter der Parteien in der Regierung die Durchführung dieses Gesetzes überdauern können. In Bezug auf den

Mittlungsdienst

sei von den Verhandlungsmittlern im Ruhrgebiet jetzt eine offenkundige Gefesverletzung begangen, indem sie auf eigene Faust den Mittlungsdienst aufgeben wollten. Der Reichskanzler müsse gegen die Feinde in seinem eigenen Lager hart werden. Die Sozialdemokratie sei nach schwerem inneren Kampfe wieder in die Regierung eingetreten und hoffe, daß dieses Experiment nicht scheitern werde.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) erklärte, daß man das parlamentarische System nicht für bedauerliche Fehler in der Verhandlung dieses Systems verantwortlich machen dürfe. Er bedauerte die Vorgänge, die zur Verkündung des Ausnahmestandes geführt haben, erklärte aber diese Verhandlung für notwendig. Die Juridikalität, die sich der Reichskanzler gegenüber Bayern auferlegt hat, begründe er und betonte, daß wir auch in diesem Falle die berechtigten Eigenart Bayerns Rechnung tragen müssen. Durch das

Ermächtigungsgesetz

soll das Parlament keineswegs ausgeschaltet werden. Weber eine Diktatur noch eine verfassungsmäßige Ausgestaltung dürfe man sich gefallen lassen. Das sei aber auch gar nicht der Sinn dieses Gesetzes. Am Aufstehen der Wirtschaft, auch der Großindustrie, hätten alle Volksteile Interesse, aber man müsse erwarten, daß auch in der Großindustrie der Gedanke des Gemeinwohls stärker in die Erscheinung trete. Der Redner stimmte dann den Ausführungen des Reichskanzlers über die Verantwortlichkeit der Ausführung des passiven Widerstandes zu und meinte, die neue Verfassungslage werde wohl endlich erledigt sein. An Frankreich müsse man die Frage richten, was Deutschland denn nun solle, um seinen Verhandlungswillen zu beweisen. Deutschland sei zu Verhandlungen bereit und rechne nicht auf die Rivalität unter den Alliierten.

Wir Rheinländer sind treue Deutsche.

sagte der Redner, und werden es bleiben, aber wir erwarten Verständnis für unsere Eigenart, für unsere freibeiwillige Stimmung. Wir erwarten, daß die Regierung seine Gelegenheit veräumt, um zur Verständigung mit den Gegnern zu kommen.

HERREN - Bekleidung

Grosse Auswahl :: Billigste Preise
elegante Anzüge :: moderne Ullster
Winterware jetzt grosse Ersparnis.

Wilhelm Bindel, Berlin, Invalidenstrasse 20.
1 Minute vom Steffler Bahnhof.

Wir wenden uns energisch gegen die Unterstufe, man solle das Rheinland seinem Schicksal überlassen. Diesen Unterstuf soll der Auf des ganzen deutschen Volkes entgegengetreten: Wir wollen und werden das Rheinland niemals im Stich lassen!"

Abg. Graf Westarp (Reichstag) begrüßte das neue Kabinett mit dem Satz: "Es ist ein wunder, schwanke Gestalt, und führt fort, die Verhandlungen der letzten Wochen seien von schwankenden Göttern und irdischen Göttern geführt worden. Sie forschten nach und nach, Scham und Empörung heraus. Draußen vor den Toren steht der Feind (Surrey: In Afrika!) und hier werden tagelang über die Zusammenkunft der Kabinette verhandelt."

Der Parlamentarismus habe versagt, und diese große Koalition werde nicht lange halten.

Solche Stöße, wie die letzten, würden nicht ohne tiefe Wirkung bleiben. Die Koalition werde an der Frage scheitern, wie lange man Frankreichs Vorhaben nachgeben solle. Entgegen der Rolle des Reichstages laute die Meinung der Deutschnationalen, daß in Deutschland nur noch gegen die Sozialdemokraten regiert werden könne. Wir verlangen und fordern, so sagte er, die Auflösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Der vorherrschende Einfluß, den die Sozialdemokraten bisher in allen Regierungen nach der Revolution gehabt haben, macht uns eine Unterbrechung des Kabinetts Stresemann unmöglich. Wir stimmen ein in den Ruf:

"Los vom Sozialismus!"

(Unruhe und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen in klarer und rückhaltloser Opposition zu dieser Regierung und sind mit historischer Bestimmtheit einer Regierung einverstanden, wenn die Ausführung in die Hände der Willkürherrscher gelegt wird. Eine unter sozialistischer Vorherrschaft stehende Regierung darf aber nicht historischer Bedenken in Eigentumsfragen haben. Zu Herrn von Kahr haben wir volles Vertrauen, während Dr. Hilferding als Finanzminister vollkommen versagt hat. Er hat vor allem die Lösung des Währungsproblems versagt, und jetzt besteht die große Gefahr, daß das Volk wegen des Mangels an einer festen Währung sein Eigentum verlieren wird. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten.) Sie glauben also ein, daß die Landwirte das Volk verhungern lassen? Sie glauben, so führt er fort, besteht in der Tat, daß das Volk aus Mangel an Zahlungsmitteln verhungert. Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen lassen das Volk verhungern, wenn Sie nicht das Zahlungsmittel schaffen, mit dem die Ernte der Bevölkerung zugeführt werden kann. Das jetzige Papiergeld ist kein Zahlungsmittel. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Das bekommen aber die Arbeiter, und Sie wollen ihnen dafür kein Brot geben!) Graf Westarp führt fort: "Daher, daß aus parteipolitischen Gründen die Lösung des Währungsproblems verhindert worden ist, entsteht die Gefahr,

daß das deutsche Volk bei vollen Steuern verhungert. (Erneute Rufe: Sie reißen die Wauern zur Hungerkloster an!) Der Reichstag hat einen Eingriff in die Preispolitik der Kartelle und Konventionen angeündigt. Wie will er das machen? Will er eine Zwangsverwaltung mit gesetzlichen Preisen einführen? Auf der einen Seite ist die dringende notwendige Aufhebung des gesetzlichen Höchstpreises aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen. Das unerhörte Verbot des Parlamentarismus liegt in dem Artikel des Ermächtigungsgesetzes, wonach das Gesetz außer Kraft tritt, wenn sich die parteimäßige Zusammensetzung der Regierung ändert. Einem solchen Gesetz können wir unmöglich zustimmen. Dann wandte sich Graf Westarp der

Außenpolitik zu und behauptete, daß mit dem Regierungsantritt Stresemanns der Boden nach England abgerissen worden sei. Aus Anlaß des Abbruchs des passiven Widerstandes darf man seinen Vornehm gegen die rheinische Bevölkerung richten, aber, wenn die Sozialdemokraten verweigern, von einem Widerstand mit der Aufrichtigkeit zu sprechen, so muß man Beweise und Namen verlangen. Der Abbruch des passiven Widerstandes war unermesslich, aber damit mußten zugleich alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen, alle Leistungen eingestellt und der vertragliche Zustand hergestellt werden. Die einzige Tat, die die große Koalition vollbracht hat, war die Aufgabe des passiven Widerstandes.

Wir verlangen den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich mit allen Konsequenzen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Also auch den Krieg!) Ja, haben wir denn jetzt im Frieden? Ist nicht der Verzicht darauf die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?

Mit der Möglichkeit eines solchen Risikos rechnen wir. Was wir dann zu tun haben, darüber will ich mich jetzt nicht äußern. Wer darauf verzichtet, der schenkt dem Gewalt entgegenzusetzen, der verzichtet auf Rhein und Ruhr. Wir lehnen es ab, die feindliche Gewalt durch eine feige Unterwerfung zu befehlen. (Die Rede des Grafen Westarp wurde bei den Deutschnationalen mit lebhaftem Beifall, auf der linken Seite des Hauses mit Stillsitzen aufgenommen.)

Reichskanzler Dr. Stresemann

bedauerte aufs äußerste, daß der Vorreder eine Rede mit so hartem parteipolitischen Einschlag gehalten habe, und erklärte, daß die Deutschnationalen der letzten Regierungstrübs geradezu in das Feuer hineingekommen hätten. Es sei sehr bedauerlich, wenn Graf Westarp die Auflösung auf einen Verstoß der

schönen Koalitionsregierung ausbreite, während doch ein nationaler Mann hoffen dürfte, daß wir endlich zur Ruhe kommen. Die Deutschnationalen seien gegen diesen Stresemann in Opposition getreten, die sie selbst feierlich bewilligt hätten. Sie hätten diese Steuern eben nicht dem deutschen Vaterlande, sondern nur dem Kabinett Cuno bewilligt. Sie sollten sich aber endlich daran gewöhnen,

den Staat, und nicht die jeweilige Regierung als Ziel des Vertrauens anzusehen. Gegenüber dem Schlagwort: "Los vom Sozialismus!" müsse man verlangen, daß einmal erklärt werde, was man darunter verstehe. (Rufe: Auflösung des Privatbesitzes!) Der Kanzler erwiderte, niemand spreche von der Auflösung des Privatbesitzes, wenn auch eine starke Heranziehung desselben notwendig sei. Auch von einer marxistischen Vorherrschaft im Kabinett könne nicht gesprochen werden. Auch hervorragende Mitglieder der Deutschnationalen haben früher zugegeben, daß man nicht an den Rufen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorbeizugehen kann, wenn man das deutsche Volk zu einem einheitlichen nationalen Willen zusammenfassen will. Bei den nationalen Kampagnen um deutsches Land und im Ruhrkampf haben die Sozialdemokraten ihre nationale Pflicht ebenso erfüllt wie alle anderen Parteien. Ein Ermächtigungsgesetz hätte durch eine rein bürgerliche Koalition nur gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten durchgesetzt werden können, und

einer Reichstagsneuwahl können wir in der jetzigen kritischen Zeit unmöglich unter Volk ansetzen.

Mit dem passiven Widerstand haben wir den Kampf für den Abbruch des passiven Widerstandes begonnen. Wir können ihn aber nur mit einheitlichem, nationalem Willen und nicht mit einem Rechts- oder Einfluß führen. Ich behaupte außerordentlich, daß der Abg. Graf Westarp über das Recht der Zurückweisung des deutschen Papiergeldes

Worte gesprochen hat, die geradezu katastrophal wirken können. Wir müssen dem ganzen Volk verdeutlichen, daß es sich mit Papiergeld begnügen läßt, sonst haben wir das Chaos. Die Arbeiter, Bauern und Kleinrentner lassen sich auch mit Papiergeld bezahlen, und die finanzielle Lage der Landwirtschaft gibt niemandem ein Recht, die Partei zur Zurückweisung des deutschen Geldes hinzuzuführen. In der Währungsfrage war es vielleicht ein Fehler, zu viele Sachverständige zu hören, die selbst nicht einig waren. Auf die außenpolitischen Ausführungen des Grafen Westarp antwortete der Kanzler, daß Lord Curzon in seiner Rede erklärt hat, es sei von der deutschen Regierung nicht gewünscht, daß sie den Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes nicht drei Monate früher gefaßt

hat. Es muß mit der Legende aufgeräumt werden, als hätte sich England wegen des Konzepts von Deutschland abgewandt. England läßt sich ausschließlich von den Interessen der englischen Politik leiten. Ich kann versichern, daß der Wunsch der Regierung

beim Abbruch des passiven Widerstandes einmütige Zustimmung aller Ministerpräsidenten gefunden hat. Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollten den Versailles Vertrag als nichtig erklären, so übersieht er, daß dieser Vertrag gegenüber der feindlichen Verbundenheit der Welt ein gewisses Echo in Deutschland bedeutet. Wir müssen erst die Verhandlungen abwarten und können nicht vor ihrem Beginn erklären, daß dabei doch nichts herauskommen werde. Wenn wir den Kampf um den Rhein erfolgreich führen wollen, dann müssen auch Sie (zu den Deutschnationalen) die Voraussetzung schaffen, daß er durch ein geeinigtes deutsches Volk geführt wird. (Starker Beifall.)

Abg. Scholz (D. Volksp.) verlangte, daß der Legende vom Abbruch der Volksherrschaft gegen die große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. In der Einstellung zu Frankreich müssen sich dadurch nicht geändert werden, daß wir den passiven Widerstand beenden haben. Aber es kann ein Augenblick kommen, in dem ein Volk zur Verwerfung getrieben wird. Unter großem, lang andauerndem Lärm der linken Seite des Hauses verlangte der Redner: dann von der Regierung, daß sie nicht nur für Ruhe und Ordnung sorgen müsse, sondern auch die Staatsautorität in Ordnung und Ordnung zu wiederherstellen solle.

Abg. Koch (Dem.) begrüßte die Wiederkehr der großen Koalition über die Verwendung des Papiergeldes in der Wirtschaft sagte er, der Verzicht darauf schiene das Papiergeld nicht zu brauchen, und das sei ein Beweis dafür, wie er in steuerlicher Hinsicht gescheitert sei.

Die Auseinandersetzungen kehrten sich bis in den späten Abend hinein fort.

Der Reichsrat

stimmte in seiner Montag-Vollversammlung unter Leitung des Ministers des Innern Soliman dem Ermächtigungsgesetz mit 46 gegen 17 Stimmen bei Stimmhaltung Thüringens zu. Dagegen stimmten außer einigen preussischen Provinzen Bayern und Mecklenburg-Strelitz. Der Gegenseitwurf ist also vom Reichsrat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Das Vertrauensvotum für Stresemann angenommen.

Im Reichstag kam es nach zwölfstündiger Debatte in der Nacht zum Dienstag über folgenden Antrag der Koalitionsparteien zur Abstimmung:

Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschpolitischen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Darauf wurde über die Anträge der Kommunisten auf Aufhebung der einzelnen Bestimmungen in Preußen und Bayern abgestimmt. Die Anträge wurden abgelehnt. Der Antrag Müller (Franken), der die Rechtsauffassung der Reichsregierung hinsichtlich der bayerischen Bestimmungen billigt, wurde angenommen.

Die Zensur wird aufgehoben.

Reichsminister Dr. Geßler hat an die Wehrkreiskreisbefehlshaber folgenden Befehl erlassen: "Die Verordnung vom 1. 10. über Verbreitung von Nachrichten wird aufgehoben. Gegen Zeitungen und Nachrichtenbüros usw., die durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, ist auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 einzuschreiten."

Die Wiederaufnahme der Sachlieferungen.

Über die bekannte Demarche der Reichsregierung in Brüssel wegen Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet wurde Dienstag von den Blättern folgendes mitgeteilt:

"Heute mittag ist der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Herr Rüdiger, vom belgischen Außenminister Japart empfangen worden und hat diesem im Namen der deutschen Regierung mitgeteilt, Deutschland wäre gewillt, aktiv am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und vor allen Dingen unverzüglich die Warenlieferungen wieder aufzunehmen. Der deutsche Geschäftsträger schlug ferner eine Zusammenkunft französischer, belgischer und deutscher Delegierter zur Regelung der Einzelheiten vor."

Der Brüsseler Korrespondent des Temps berichtet, der belgische Außenminister habe Herrn Rüdiger erklärt, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen, mit der er sich zunächst zu verständigen habe. Japart habe hinzugefügt, daß Deutschland, ohne die belgische Antwort abzuwarten, die Eisenbahnen zur Wiederaufnahme der Arbeit aufordern müsse."

Halbamtlich wird von der Agence Belge mitgeteilt: Der deutsche Geschäftsträger hat gestern vormittag eine Unterredung mit dem Minister des Äußeren Japart gehabt, dem er mitgeteilt haben soll, daß das Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Wiederherstellungsfunkto stellen zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zusammenritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Japart soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen bereiten Industriellen versprechen, daß es diese bezahlen werde und ferner den deutschen Eisenbahnen befehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Sonder-Abkommen Frankreichs mit den Ruhrindustriellen.

Der Pariser Matin gibt eine, vielleicht nicht sehr authentische Schilderung von dem Gange der Verhandlungen der Stinnes-Gruppe mit General Degoutte, die ziemlich ergebnislos blieben, teilt dann aber in bestimmtester Form ein Abkommen mit, das die Gruppe Otto Wolff-Phönix mit dem General Degoutte abgeschlossen und unterzeichnet habe.

Havas berichtet aus Düsseldorf, zwischen der Internationalen Kontrollkommission und den Gesellschaften Phönix und Rheinisch-Westfälische sei ein Abkommen getroffen worden. Hiernach nehmen diese beiden Konzerne die

Ein Vermächtnis.

Roman von W. Waldbrühl.

(Nachdruck verboten.)

"Verzeihen Sie mir, Doktor Hellbach! Es war nicht böse gemeint. — Es ist in den letzten Tagen so viel auf mich eingedrungen — ich bin an so vielen irren geworden, daß Sie schon ein wenig Nachsicht mit mir haben dürfen! — Aber nun legen Sie sich und hören Sie mich an! Ich hoffe doch, daß Sie ein Stündchen für mich übrighaben werden?"

"Ich bin zu Ihrer Verfügung, solange Sie es wünschen! Aber ich muß doch wohl zuvor ein paar Worte mit dem Herrn Jägertrater reden. Es ist wegen der heutigen Vorgänge drüben in dem Nachbarhause. Sein auf staatsbürgerliches Bewußtsein macht ihm sicherlich bereits die schweren Vorwürfe wegen der unterlassenen Anzeige bei der Polizei."

"Oh, darüber habe ich mich bereits mit ihm auseinandergesetzt. Und er ist damit einverstanden, daß ich mich mit Ihnen bespreche, bevor etwas weiteres in dieser Angelegenheit geschieht."

"Sie werden wünschen also eine solche Anzeige nicht, obwohl Ihnen doch offenbar abermals sehr übel mitgespielt worden ist?"

"Ja, der Bösewicht hat mich nicht sehr glimpflich behandelt. Aber ich glaube nicht, daß er mir ans Leben wollte. Er hatte nur im Augenblick der Heberausung keine Wahl, wenn er sich in Sicherheit bringen wollte. Und im übrigen bin ich in all diesen schrecklichen Dingen an ein Verzeihen gebunden, das ich einst meinem Papa gegeben. Sie, Herr Doktor, sollen mir sagen, ob ich diesem Verzeihen untreu werden darf oder nicht."

"Ich? — Wollen Sie mir wirklich Ihr ganzes Vertrauen schenken, Fräulein Ada?"

"Ja, wenn auf der Welt sollte ich denn vertrauen, wenn nicht Ihnen? Ich habe außer der Jorka nach dem Tode meiner armen Schwester ja doch keinen Menschen

mehr. Und so innig ich auch meine treue Erzieherin liebe, in dieser Sache ist sie doch zu sehr Partei — ganz abgesehen davon, daß ich auf den Bestand eines erfahrenen Mannes mehr Hoffnungen setze als auf den des gescheiterten weiblichen Wesens!"

Hellbachs Erstaunen wuchs mit jedem Worte, das von ihren Lippen kam. Es war, als hätte dieser einzige Tag sie um Jahre reifer werden lassen. Die da vor ihm stand, war nicht mehr das halb kindliche Wesen, dessen unmutige Naivität ihn in den Wochen ihrer dämmernden Berieselung so sehr entzückt hatte — es war ein ernstes, kluges Mädchen von der Haltung und der Ausdrucksweise einer vollkommenen Dame. Halb unwillkürlich richtete er danach auch den Ton seiner Erwiderung ein.

"Ich werde mich glücklich schätzen, Fräulein von Reichmann, wenn ich das Vertrauen zu rechtfertigen vermag, das Sie mir entgegenbringen! Was also ist es, das Sie mir mitzuteilen wünschen?"

Er setzte sich ihr gegenüber, nachdem sie sich in der Sofaecke niedergelassen hatte. Für einen Moment betrachtete sie die Augen mit der Hand, wie um ihre Gedanken zu sammeln. Dann aber kehrte sie ihm in voller Unbefangenheit und Offenheit ihr kluges Gesicht zu.

"Es ist sehr schwer, den richtigen Anfang zu finden. Denn wenn ich Ihnen alles sagen sollte, würde es eine sehr lange und sehr traurige Geschichte werden. Außerdem gibt es dabei gewisse Dinge, in Bezug auf die ich leider selbst Ihnen gegenüber die Lippen versiegelt sind. Aber ich hoffe, daß es mir trotzdem gelingen wird, mich Ihnen verständlich zu machen! Und es wird am besten sein, wenn ich damit beginne, Ihnen zu sagen, daß der Mensch, den ich heute drüben in unserer alten Wohnung überlasste, derselbe war, durch den meine unglückliche Schwester ihr Leben verlor."

"Sie beginnen sich also jetzt auf die Vorgänge jener Nacht?"

"Ja, mit vollster Klarheit. Wenigstens insoweit, als ich sie bei der Benutzung miterlebt habe."

"Und Sie trauen sich, die physische Kraft zu, davon zu sprechen?" fragte Hellbach.

"Haben Sie sich nicht vorher selbst davon überzeugt?" antwortete Ada, "daß ich ganz ruhig bin? Bewußt tut mir das Herz weh, wenn ich an Hilba denke, und ich werde ihr sicherlich noch manche bittere Träne nachweinen, aber mir ist, als läge bereits ein halbes Menschenleben zwischen jener Nacht und heute. Die lange Nacht des Vergehens, die sich dazwischengeschoben hatte, hat dem Schmerz seinen giftigen Stachel genommen. Nur eine tiefe Trauer, nicht mehr Verzweiflung ist es, was ich fühle. Werden Sie mich darum für kalt und lieblos halten, Herr Doktor?"

"Nein, das werde ich nicht! Und ich müßte sehr wenig ärztliches Verständnis für menschliches Seelenleben haben, wenn ich es nicht vollkommen begreife!"

"Ich danke Ihnen; denn es beruhigt mich, das zu hören. Lassen Sie mich also erzählen. So sonnig und glücklich die Kindheit und die erste Jugend gewesen waren, die Hilba und ich unter dem Schutze des besten und gütigsten Vaters verleben durften, so unselig waren die Verhältnisse, in die wir nach seinem allzu frühen Tode gerieten. Wir waren der Vormundschaft und der Fürsorge, nein, der Willkür und Laune eines Verwandten überantwortet, über dessen Charaktereigenschaften ich mein Vater offenbar in dem traurigsten Irrtum befunden hatte. Einer anderen Nationalität, ich möchte sagen: einer anderen Menschenrasse angehörend, wie wir, ist dieser Mann gewohnt, die Erreichung seiner Ziele mit allen Mitteln zu verfolgen, die sich ihm eben bieten. Es gibt nichts, wovon er zurückzusehen würde, wenn er sich davon den geordneten Erfolg versprochen darf. Und man kann zu seiner Entschuldigend schließlich nichts anderes sagen, als daß er in einem Lande aufgewachsen ist und in einem Lande lebt, wo Gewalttat und Mordmord noch immer, wenn nicht zu den erlaubten, so doch zu den häufig angewendeten Waffen im privaten wie im politischen Leben gehören."

(Fortsetzung folgt.)

Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder auf. Sie zahlen die Kohlensteuer und die rückständige Kohlensteuer seit der Besetzung. Als Gegenleistung werden die beschlagnahmten Metallwaren freigegeben, und es wird den Fabriken auf Grund der erlangten Ausfuhrerlösen gestattet, die Ausfuhr ihrer Produkte auf der Grundlage der Exporte von 1922 aufzunehmen.

Achtstündige Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Montag morgen sind in den Betrieben sämtlicher Zechenanlagen des Ruhrgebietes Anschläge des Zechenverbandes ausgehängt worden, durch die den Arbeitern mitgeteilt wird, daß von nun an die achtstündige Arbeitszeit im Bergbau wieder eingeführt wird. Genau wie im Frieden sollen die Ein- und Ausfahrzeiten nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

Der Vorstand und die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands haben in einem Aufruf dagegen Stellung genommen und fordern auf, daß sich vorläufig niemand diesem Zwange fügen soll.

Wieder ein Billionenraub.

Die französische Sicherheitspolizei hat in Bohnwinkel aus dem Schnellzug Berlin-Köln 231 Millionen geraubt, die von der Reichsbank in Berlin für die Reichsbank in Köln bestimmt waren.

Immer noch Blutvergießen.

Düsseldorf. In der Nacht vom 7. zum 8. Oktober kam es zwischen Arbeitern der Grube „Hannibal“, unter denen sich einige Franzosen befanden, und deutschen Polizisten zu einem Zusammenstoß. Zwei Deutsche wurden durch Pistolenschüsse und ein Franzose durch einen Knüttelschlag getötet.

Der Arbeitsnachmarktwortverkehr wieder frei.

Nach über Münden kommenden Mitteilungen aus Schiffahrtskreisen ist die Schifffahrt nach sämtlichen Main-Elbflüssen wieder freigegeben, so daß Transporte, ohne durch die Franzosen beschlagnahmt zu werden, möglich sind.

Die Dauer der Demobilisierungsvorrichtungen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem am 31. Oktober 1923 bevorstehenden Ablauf der Demobilisierungsvorrichtungen. Er beschloß, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge sowie die Verordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und der Angestellten vom 23. November bis zum 31. März 1924 zu verlängern. Mit 17 gegen 12 Stimmen wurde die Verlängerung der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten abgelehnt. Die Entscheidung über die Verordnung gegen Betriebsabbrüche und Stilllegungen wurde zurückgestellt.

Die Schuld der Banken an der Wirtschaftskrise.

Das Präsidium des Bayerischen Industriellenverbandes hat zu den Bedingungen der Banken für den Schwebereifeld Stellung genommen und erklärt, daß die von den Banken geforderten Bedingungen nicht zum wenigsten die Schuld an der augenblicklichen schweren Wirtschaftskrise tragen. Es könne nicht anerkannt werden, daß die Banken ihre monopolartige Stellung in Zeiten größter Kapitalnot zur Erzielung von Sondererträgen ausnützen. Es müsse daher dringend gefordert werden, daß die Banken ihre Bedingungen einer Nachprüfung unterziehen und sie auf ein erträgliches Maß zurückführen.

Für ein selbständiges Hannover.

Wie die hannoversche Landeszeitung meldet, hat das Direktorium der Deutschhannoverschen Partei in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Vorbereitungen für die Wiedereinbringung des Abstimmungsantrages unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Deutsche Industrie-Vertreter in New York.

Wie aus New York gemeldet wird, trafen dort Vertreter der deutschen Industrie ein, um mit den amerikanischen Kapitalisten Verhandlungen finanzieller Art zu führen. Die Abgesandten stünden unter Führung Alfred Potts, des Generaldirektors der Stinneswerke, und Dr. Karl Böhm, Generaldirektor der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik. Sie erklärten, es sei ihnen bewußt, daß man in Deutschland nicht auf die staatliche Hilfe Englands oder Amerikas rechnen könne. Doch hofften sie, praktische Abmachungen mit amerikanischen Interessenten treffen zu können.

Keine Spaltung in der Sozialdemokratie.

Eine Berliner Montagzeitung berichtet über eine drohende Spaltung der S. P. D. Vom Parteivorstand wird hierzu geschrieben, daß diese Nachricht falsch ist. Im Gegenteil wurde auch von der Minoritätsgruppe im Verlauf der Tagung immer wieder unter allgemeinem Beifall betont, daß eine Spaltung der Partei mit ihren katastrophalen Folgen für die Arbeiterschaft auf alle Fälle vermieden werden muß.

New Yorker Kapital für die Währungsbank.

Aus amerikanischen diplomatischen Kreisen in Berlin wird gemeldet, daß mehrere führende Bankengruppen der Vereinigten Staaten ihr Interesse an der Reform der deutschen Währung der Berliner zuständigen Stellen mitgeteilt haben. Sie haben sich unter bestimmten Voraussetzungen bereit erklärt, sich mit Kapital an der Errichtung der Währungsbank zu beteiligen.

Eine Forderung des Papstes.

Der päpstliche Delegat im Ruhrgebiet, Monsignore Testa, hat, wie Havas berichtet, General Degoutte einen Besuch abgestattet und sich lange mit ihm unterhalten. Monsignore Testa übermittelte dem General insbesondere das Verlangen des Papstes, eine gewisse Anzahl Deutscher, die wegen „politischer Vergehen“ von den französischen Kriegsgerichten verurteilt worden sind, zu begnadigen. Degoutte versprach dem Delegaten, seine Wünsche mit dem größten Wohlwollen und mit dem lebhaftesten Interesse, seinen Forderungen entsprechen zu können, zu prüfen.

Reiß und unterstößt die Heimatzeitung

Birkenwerder.

* Von der Post. Erhöhung der Fernsprechnach- und Telegrammgebühren ab 12. Oktober. Von diesem Zeitpunkt ab kostet ein Ortsgespräch 10 Millionen, ein Ferngespräch nach Dranienburg 20 Millionen und nach Berlin 30 Millionen. Im Telegramm-Fernverkehr wird eine Grundgebühr von 16 und eine Vorgebühr von 8 Millionen erhoben. Die Pauschalgebühren für Kurzausdrücke werden erst im Januar erhöht.

* 9. Millionen - Mindesttarif. Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird der Mindestpreis der Einzelfahrtarten vom 10. Oktober ab auf 9 Millionen in der dritten und 13 1/2 Millionen in der zweiten Klasse festgesetzt. Der Zonenabstand beträgt in der dritten und zweiten Klasse 3 und 4 1/2 Millionen Mark.

* Häufiger noch nicht tot. Der Wanderprediger Louis Häufiger ist nach Mitteilung seines Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Schmidt noch nicht tot. Er ist zwar krank und aus diesem Grunde wurde ein Antrag auf Haftentlassung gestellt.

* Borgsdorf. Kartoffeldiebstahl. Dem Briefträger Schmidt wurden in der Nacht zum Montag aus seiner Sommerlaube in der Kolonie Borgsdorf 10 Zentner Kartoffeln gestohlen, die er am Tage zuvor geerntet hatte. Die Ermittlungen waren bisher ohne Erfolg.

* n. Borgsdorf. Die Siedler-Gesellschaft hielt am Sonnabend im Cafe Söhne ihre Generalversammlung ab, die von 24 Mitgliedern besucht war. Nach der üblichen Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden Herrn Schaubert wurde an die Erledigung der im Briefkasten durch Inspektat bekanntgegebenen Tagesordnung gegangen. Zum Geschäftsbericht gibt der Vorsitzende einen Überblick über den Werdegang der Gesellschaft, die Mitte Dezember vorigen Jahres durch die damals in der Siedlung wohnenden 7 Herren erfolgte und die heute in einem Mitgliederbestande von 37 Herren den besten Beweis dafür erbringt, daß ihre Arbeit nützlich war. Leider sei noch immer nicht die Auflösung der Grundstücke durchgesetzt gewesen, trotz aller Bemühungen. Es sei jedoch spätestens am 1. Januar damit zu rechnen. Das Verhältnis mit der Siedlungsgesellschaft sei demzufolge noch etwas gespannt. Wenn den Siedlern erst die Sorge der Auflösung genommen sein wird, dann werden sie ihr Augenmerk auf andere wirtschaftliche Gebiete richten können. Das neben der ersten Arbeit auch der persönliche Zusammenhalt der denkbar beste war, hat das erste Vergnügen der Gesellschaft am 8. Septbr. gezeigt. — Der Kassierer Herr Bette gab den Kassenbericht, der mit einem Ueberschuß von 1259 350 M. abschließt. Die Vollständigkeit des Berichts wird angezweifelt, weil der Ueberschuß aus dem Vergütungs nicht darin enthalten ist. Eine Regelung kommt schließlich dadurch zustande, daß der Bericht des Vergütungsaußschusses zwischen durch gegeben wird. Der Ueberschuß aus dem Vergütungs beträgt 21 910 000 Mark und 1 Dollaranzahlung. Ein Antrag, diese Summe als Vergütungsfonds der Kasse der Gesellschaft zuzuführen, wird angenommen. Der Kassierer soll einen entsprechenden Nachtrag zum Kassenbericht fertigen. — Sodann gibt der Aufsichtsrat den Bericht über die Prüfung der Kasse, die in Ordnung befunden wurde. Verwunderlich sei nur die erhebliche Anzahl von Beitragsrückständen. Die vom Aufsichtsrat beantragte Entlastung des Vorstandes wird einstimmig erteilt. Bei der nun stattfindenden Vorstandswahl werden, nachdem beschloffen wurde, den Vorstand aus sechs Mitgliedern bestehen zu lassen, die Herren Schubert und Börner als Vorsitzende, Zimmermann und Lange als Schriftführer, Reichow und Hennig als Kassierer gewählt. Für den aus dem Aufsichtsrat auscheidenden Herrn v. Deßig wird Herr Veier in den Aufsichtsrat gewählt. — Durch die Geldentwertung war die Abänderung einiger Satzungsparagraphen notwendig, die die Höhe der Anteile pp. regeln. Der Geschäftsanteil wurde auf den Gegenwert von 5 Pfund Roggen festgesetzt. Unter Berücksichtigung wurde u. a. noch die Gasrechnungsangelegenheit und die Elektrizitätsfrage besprochen.

Hohen Neuendorf.

* Die H.-Z.-Lichtspiele bei Claus am Bahnhof Hohen Neuendorf bringen morgen und am Sonntagabend ein ganz ansehnliches Programm zur Vorführung. „Weltlauf ums Glück“ betitelt sich der Film, der in den größten Lichtspieltheatern den größten Beifall fand. Wir können deshalb den Besuch nur empfehlen. — In der nächsten Woche gelangt das große Filmwerk „Friedrichs Arg“ zur Vorführung.

* Das Ende der Vanzuschiffe. Der künstlich durch Zuschüsse anrecht erhaltene Wohnungsbau dürfte in den nächsten Wochen ganz eingestellt werden. Der Reichsarbeitsminister hat angedeutet, daß festgestellt werden soll, welche Kosten in Goldmark die Vollendung der begonnenen Bauten verursachen würde. Nur die fast fertigen Häuser sollen vollendet werden; die nicht so weit vorgeschrittenen Bauten sollen nur vor Verfall geschützt werden. Der Reichsarbeitsminister gibt in dem Erlaß an, daß durch die Einstellung der Bauten die Arbeitslosigkeit vergrößert wird, glaubt aber, daß durch die Arbeitslosenunterstützung die Finanzen des Reiches weniger belastet werden.

* Wie verhält man sich das Tabakrauchen? Indem man jetzt schon im Herbst die Dünung für das Tabakrauch vornimmt und im Frühjahr Tabak für seinen Eigenbedarf anpflanzt. Wer nach den Anleitungen der Deutschen amtl. Tabakhausverordnungen dies tut und nach dem Tabakverfahren den geernteten Tabak (selbst auch in den kleinsten Mengen) vergären läßt, bekommt eine wohlschmeckende, milde nicht tragende Rauchware, die dem künstlichen Tabak kaum nachsteht und einen Vergleich mit mittlerem Überfetttabak ausstellt. Kleintabakbau ist in Deutschland überall möglich. Er verhilft bedeutend den Tabak und verringert die Einfuhr vom Ausland. Aus volkswirtschaftlichen Gründen verhilft die Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau an

der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Weihenstephan in Oberbayern gegen Einfuhr des Rückports Anleitung für sachgemäßen Kleintabakbau und Auskunft über das richtige Vergärungsverfahren.

* Die Gültigkeit der Fahrkarten. Der Reichsverkehrsminister hat in einem Erlaß sich dagegen geäußert, daß die Gültigkeit der Fahrkarten vor Zertifikationseingeschränkt wird. Die Verringerung des Reisens solle so schonend wie möglich durchgeführt werden, da die durch die Geldentwertung verursachten häufigen Fahrpreiserhöhungen überhaupt das Publikum äußerst bedrücken. Außerdem würde der Andrang kurz vor Inkrafttreten der Tarifveränderungen sich kaum wesentlich mindern. Es liege auch im Interesse der Bahnverwaltung, daß der Andrang verteilt werde. Deshalb sei die Richtung getroffen, daß drei Tage vor Inkrafttreten der Erhöhung Fahrkarten mit dem Stempel des letzten Tariftages ausgeben werden. Sie gelten dann weitere drei Tage ohne Nachzahlung. Aus ähnlichen Erwägungen hat jetzt der Reichsverkehrsminister die Frage über die Verbeibehaltung der Monatskarten entschieden. Es war amtl. seitens angeregt worden, nur noch Wochenkarten auszugeben, da wegen der wachsenden Geldentwertung die Reichsbahn mit den Monatskarten Einnahme-Ausfälle hätte. Der Minister hat sich, auch hier aus sozialen Gründen, für die Verbeibehaltung der Monatskarten ausgesprochen. Im Grunde genommen ist ja der genannte Verlust nur scheinbar, indem die Bahnverwaltung, wenn die Geldentwertung fortschritt, vorher höherwertiges Geld bekommen hätte, das sie wertbeibehaltend in Kohlen usw. anlegen konnte.

* Willkürliche Abänderung der Freigrenze bei der Betriebssteuer (Arbeitsgeberabgabe). Nach § 3 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Besteuerung der Betriebe wird die Betriebssteuer nicht erhoben, wenn der Betrag der für eine Ladung zu entrichtenden doppelten Lohnsteuer das 200fache des Portos für einen Inlandbrief zu 20 Grammen nach dem am Fälligkeitstage (5., 15. und 25. für die vorausgegangene Ladung) geltenden Tarif nicht übersteigt. Durch einen fast unbekannten gebliebenen Erlaß hat der Reichsfinanzminister der Finanzen dies dahin abgeändert, daß vom 25. September an nicht das Briefporto am Tage der Fälligkeit der Abgabe, sondern das 10 Tage vor der Fälligkeit geltende Briefporto maßgebend ist. Der „Gewerbedeubund Brandenburg“ hat gegen diese willkürliche Abänderung sogleich im Interesse der dadurch betroffenen Kleinbetriebe beim Reichsfinanzminister Einspruch erhoben. Er bittet ferner, daß diejenigen, die dadurch Nachteile haben, daß sie die für sie nunmehr in Frage kommende Betriebssteuer nicht pünktlich entrichten haben, sich bei dem Steuerinspektat des Gewerbedeubundes, Zimmermann, Berlin NW. 7, Dorstheustraße 36, zu melden. — Die Freigrenze am 5. Oktober betrug nach diesem neuen Erlaß nicht 400 M. (200 mal 2 Millionen), sondern nur 200 mal 250 000 Mark = 50 Millionen Mark.

Aus dem Amtsbezirk Schönfließ.

* Vergeltet. Der Grundbesitzer-Berein E. V. hält seine Generalversammlung am kommenden Sonnabend bei Arndt, Fichtestraße, ab. Sämtliche Mitglieder mit ihren Damen werden gebeten, zu erscheinen.

Frohnau.

* Die Einbrüche nehmen kein Ende! In der Nacht zum Montag wurde bei der Familie Rüdiger, Kaiserpark, ein Einbruch ausgeführt. Dem Einbrecher fielen für 10 Millionen Lebensmittel und Kleidungsstücke in die Hände.

Berliner Nachrichten.

* Großer Einbruch in der Friedrichstraße. In der Nacht zum Sonntag wurde Friedrichstraße 16 in dem Antiquitätengeschäft von Verich u. Co. ein großer Einbruch verübt. Es wurden gestohlen antike Silberfachen im Werte von 500 Mark.

* 76 Millionen kostet von heute ab ein markenfrees Brot, die Schrippe 3 Millionen Mark.

Aus der Mark.

* Vassdorf. 50 Millionen Mark hat die Firma Pp. Reich u. Co. kürzlich der hiesigen freiwilligen Feuerwehr gespendet. — Herr Bezirksbrandmeister Van teilt mit, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige ernste politische und wirtschaftliche Lage die Verbeibehaltung der Wehren Wandlitz, Wandsdorf, Summt und Vassdorf in Bühlisdorf vorläufig nicht stattfindet.

* Schöneiche. Von Diebesbanden heimgeführt wird allmählich die Kleinschäbender Feldmark. In ganzen Scharen ziehen Männer und Frauen, unter denen sich leider viele Ortsbewohner befinden, abends hinaus, um zu ernten, wo sie nicht gesät haben. In erster Linie ist es auf die Wälderung der Kartoffelfelder abgesehen, wo arg gehäut wird und geradezu Verwüstungen angerichtet werden. Nicht nur die Kartoffelschläge der Bauern, sondern auch die von Kleinsiedlern und Pächtern fallen diesem Treiben zum Opfer; manche arme Familie, die sich das Hauptnahrungsmittel für den Winter selbst anzubauen geachtete, steht nun vor dem Nichts. Unter den Banden befinden sich auch Arbeitslose. Die polizeilichen Kräfte sind nicht stark genug, um diesem Unwesen wirksam zu steuern.

Der Verkauf

von Altgold, Alt Silber, goldenen Uhren und Juwelen ist Vertrauenssache. Lassen Sie sich nicht durch scheinbar hohe Preisgebote per Gramm davon abhalten. Ihre Bestände nur einem ortsanständigen Fachmann ausbieten. Derselbe bietet Gewähr für reelles Gewicht u. Feingehaltsberechnung Uhren- und Goldwarengeschäft Paul Schumitz, Ankauf von Edelmetallen und Juwelen. Birkenwerder Hauptstr. 40.

Redaktion, Druck u. Verlag: Friedrich Pöhl, Birkenwerder.

